

Landratsamt Zwickau,
Erziehungs- u. Elterngeld
Postfach 100176, 08067 Zwickau

Aktenzeichen

Eingangsstempel

Antrag auf Landeserziehungsgeld

nach dem Sächsischen Landeserziehungsgeldgesetz (SächsLErzGG)

für Geburten ab 01.01.2018

Zutreffendes ankreuzen oder ausfüllen

Termin: Landeserziehungsgeld wird rückwirkend nur für den Lebensmonat vor dem Monat der Antragstellung gewährt. Eine frühestmögliche Antragstellung kann drei Monate vor Beginn des gewählten Leistungszeitraumes erfolgen.

- Antrag auf Inanspruchnahme der Leistung beginnend im 2. Lebensjahr des Kindes
 Antrag auf Inanspruchnahme der Leistung beginnend im 3. Lebensjahr des Kindes

Aktenzeichen Bundeselterngeld (soweit vorhanden): _____

Wer Sozialleistungen beantragt, muss nach § 60 des Sozialgesetzbuches – Erstes Buch (SGB I) – alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen angeben und die verlangten Nachweise vorlegen, andernfalls kann der Leistungsträger die Leistung nach § 66 SGB I ganz oder teilweise versagen. Beiliegendes Merkblatt hilft Ihnen beim Ausfüllen.	Hinweise zum Datenschutz (§ 67 ff SGB X): Ich nehme zur Kenntnis, dass die Auskünfte und Unterlagen , die die zuständige Elterngeldstelle im Zusammenhang mit dem Verfahren nach dem SächsLErzGG erhalten hat, nach den geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen an andere Sozialleistungsträger übermittelt werden dürfen , soweit dies für die gesetzliche Aufgabenerfüllung der betroffenen Leistungsträger erforderlich ist. Dies betrifft im Einzelfall auch besonders schutzwürdige Daten (z.B. medizinische Daten). Nur dieser Datenübermittlung kann von Ihnen nach § 76 Abs. 2 Nr. 1 SGB X widersprochen werden. Der Weitergabe kann auch noch später widersprochen werden. <input type="checkbox"/> Ich erhebe gegen diese Übermittlung Widerspruch.
--	--

1. Kind, für das Landeserziehungsgeld beantragt wird ► Original-Geburtsbescheinigung/-urkunde mit dem Vermerk „für Elterngeld/für soziale Zwecke“ beifügen, für jedes Kind (soweit noch nicht eingereicht) ◀

Familienname des Kindes	Vorname	Geburtsdatum
Geburtsort	Mehrlingsgeburt? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, weitere Vornamen	

2. Antragsteller – Persönliche Angaben

Familienname	Vorname	Geburtsname	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer	PLZ, Wohnort, Ortsteil		Geschlecht <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> divers
Telefonnummer, Fax *)	E-Mail-Adresse *)		derzeitige Tätigkeit *)

Familienstand:

- verheiratet eingetragene Lebenspartnerschaft verheiratet, dauernd getrennt lebend
 ledig verwitwet geschieden

Ich lebe mit dem anderen Elternteil in eheähnlicher Gemeinschaft ja nein

Staatsangehörigkeit:

- deutsch ► Spät-/Aussiedler Bundespersonal-/Vertriebenenausweis/Bescheinigung nach § 15 BVFG/Registrierschein beifügen ◀
 EU-/EWR-Staat/Schweiz: _____ Ich bin freizügigkeitsberechtigt ja nein
Ich bin in Deutschland erwerbstätig oder arbeitssuchend ja nein
Entscheidung über Entzug des Rechts auf Einreise und Aufenthalt ist anhängig/ergangen nein ja ► Nachweis beifügen
 andere Staatsangehörigkeit: _____ ► Vorlage Pass einschließlich Aufenthaltstitel oder Bescheinigung der Ausländerbehörde (Anlage S. 1 Nr. 20) zum Originaltitel ist erforderlich ◀

3. Krankenversicherung

Ich bin: <input type="checkbox"/> pflichtversichert <input type="checkbox"/> freiwillig versichert <input type="checkbox"/> familienversichert <input type="checkbox"/> privat versichert <input type="checkbox"/> sonstig versichert <input type="checkbox"/> nicht versichert	
Bezeichnung und Sitz der Kasse: _____	Mitglieds-Nr. _____

4. Angaben zum gesetzlichen Vertreter/Vormund/Pfleger (soweit vorhanden) ► Kopie der Bestallungsurkunde beifügen (soweit noch nicht eingereicht) ◀

Familienname	Vorname	Namenszusatz	Geschlecht <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> divers
Einwilligungsvorbehalt angeordnet <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Straße, Hausnummer		
PLZ, Wohnort	Telefon *)	E-Mail *)	

5. Hauptwohnsitz/gewöhnlicher Aufenthalt/Arbeitsverhältnis

Ich habe meinen Hauptwohnsitz / gewöhnlichen Aufenthalt in **Sachsen** seit: _____

Ich beabsichtige nach Antragstellung im beantragten Bezugszeitraum meinen Hauptwohnsitz/gewöhnlichen Aufenthalt zu verlegen

nein ja, ab: _____
wenn ja, innerhalb Sachsens in ein anderes Bundesland ins Ausland

Meine neue Anschrift lautet: _____

Ich stehe in einem ausländischen Arbeitsverhältnis, Beschäftigungsland: _____

Ich oder mein Ehe-/Lebenspartner ist Saisonarbeitnehmer Werkvertragsarbeitnehmer

Ich habe meinen Wohnsitz **im Ausland** seit: _____ bis: _____ Land: _____ Grund: _____

Ich oder mein Ehe-/Lebenspartner unterliege nach § 4 SGB IV dem deutschen Sozialversicherungsrecht/stehe in einem inländischen Dienst-/Amtsverhältnis (z.B. bei Entsendung, Abordnung) ► Bescheinigung des Dienstherrn beifügen ◀

Ich oder mein Ehe-/Lebenspartner ist Entwicklungshelfer ► Bescheinigung des anerkannten Trägers beifügen ◀

Ich oder mein Ehe-/Lebenspartner ist Missionar ► Bescheinigung des Missionswerks/der Missionsgesellschaft beifügen ◀

6. Ehegatte/Lebenspartner/Partner der eheähnlichen Gemeinschaft (anderer Elternteil)

Familienname	Vorname	ggf. Geburtsname	Geburtsdatum
Anschrift (falls abweichend zu Nr. 2) Straße, Hausnummer		PLZ, Wohnort	
Staatsangehörigkeit	derzeitige Tätigkeit	Beschäftigungsland	

7. Kindschaftsverhältnis zum Antragsteller

- Leibliches Kind**, für das mir das Personensorgerecht zusteht
► bei Vätern von unehelichen Kindern Sorgeerklärung und Haushaltbescheinigung (Anlage S. 1 Nr. 21) beifügen ◀
- Leibliches Kind**, für das mir das Personensorgerecht **nicht** zusteht
► Zustimmung des personensorgerechtigten Elternteils (Anlage S. 2 Nr. 22), Haushaltbescheinigung (Anlage S. 1 Nr. 21) und Vaterschaftsanerkennung beifügen ◀
- Adoptivkind** Haushaltsaufnahme seit: _____
► Annahmebeschluss des Gerichts beifügen ◀
- Kind in Adoptionspflege** Haushaltsaufnahme seit: _____
► Bestätigung des Jugendamtes/der Adoptionsvermittlungsstelle und Haushaltbescheinigung (Anlage S. 1 Nr. 21) beifügen ◀
- Kind des Ehe-/Lebenspartners** (Stiefkind) Haushaltsaufnahme seit: _____
► Haushaltbescheinigung (Anlage S. 1 Nr. 21) beifügen ◀
- Nicht leibliches Kind** (z.B. Enkelkind), für das mir das Personensorgerecht durch das Familiengericht übertragen worden ist
► Gerichtsbeschluss beifügen ◀
- Nicht leibliches Kind**, das **im Härtefall** von einem Verwandten bis 3. Grades oder dessen Ehe-/Lebenspartner betreut wird und für das kein Personensorgerecht besteht Verwandtschaftsverhältnis zum Kind: _____
► Haushaltbescheinigung (Anlage S. 1 Nr. 21) beifügen ◀

8. Weitere Kinder im Haushalt (siehe Erläuterungen zum Antrag S. 4 Nr. 8)

Ich habe weitere Kinder im Haushalt, für die ich oder mein (Ehe/Lebens)Partner Kindergeld erhält? nein ja, bitte Tabelle ausfüllen

Familienname	Vorname	geb. am

► Aktuelle Belege über die Kindergeldzahlung beifügen ◀

9. Betreuung und Erziehung im eigenen Haushalt

Das Kind lebt in der Zeit, in der Landeserziehungsgeld beantragt wird, mit mir in einem Haushalt und wird von mir selbst betreut und erzogen.

Das Kind lebt nur seit/von _____ bis _____ mit mir in einem Haushalt und wird von mir betreut und erzogen.

Grund: _____

10. Härtefall (siehe Erläuterungen zum Antrag S. 4 Nr. 10)

Es liegen Umstände vor, die einen **Härtefall** begründen können (Insbesondere kann bei schwerer Krankheit, schwerer Behinderung, Tod eines Elternteils oder bei erheblich gefährdeter wirtschaftlicher Existenz vom Erfordernis der Personensorge, der Betreuung und Erziehung sowie vom Verzicht auf eine volle Erwerbstätigkeit abgesehen werden)

nein ja, Härtefalltatbestand: _____

► Aktuelle Unterlagen (z.B. Sterbeurkunde, ärztliches Attest, Schwerbehindertenbescheid) beifügen ◀

11. Bestimmung/Wechsel des Erziehungsgeldberechtigten

Das Landeserziehungsgeld soll erhalten

die Mutter für den gesamten Leistungszeitraum oder von _____ bis _____ (Angabe in vollen Lebensmonaten)
 der Vater für den gesamten Leistungszeitraum oder von _____ bis _____ (Angabe in vollen Lebensmonaten)

Sofern Sie sich im Leistungsbezug abwechseln wollen, ist von jedem Elternteil ein gesonderter Antrag zu stellen.

12. Bezug von Elterngeld

Ich bezog/beziehe Elterngeld, einschließlich bis zum _____ . LM

13. Bezugszeitraum und Höhe

(Bitte beachten Sie die Allgemeinen Informationen S. 1 Nr. 2 u. Erläuterungen zum Antrag S. 4 Nr. 13)

Ich beantrage Landeserziehungsgeld beginnend **im 2. Lebensjahr** (zwischen 13. und 24. Lebensmonat -LM-) des Kindes, jedoch nicht vor dem Ende des Anspruchs auf Basiselterngeld

- 5 Monate** beim **ersten** Kind, monatlich max. **150 Euro** vom _____ LM bis _____ LM
- 6 Monate** beim **zweiten** Kind, monatlich max. **200 Euro**, vom _____ LM bis _____ LM
- 7 Monate** ab dem **dritten** Kind, monatlich max. **300 Euro** vom _____ LM bis _____ LM

oder

Ich beantrage Landeserziehungsgeld **im 3. Lebensjahr** des Kindes (siehe auch Hinweis in Erläuterungen zum Antrag S. 4 Nr. 13/14)

► **Bitte beachten Sie, dass bei beabsichtigter Inanspruchnahme der Höchstdauer (9 oder 12 Lebensmonate) für das Kind seit seinem vollendeten 14. Lebensmonat keine staatlich geförderte Kindertageseinrichtung oder staatlich geförderte Tagespflege in Anspruch genommen wurde** ◀

- 9 Monate/** **5 Monate** beim **ersten** Kind, monatlich max. **150 Euro**, vom _____ LM bis _____ LM
- 9 Monate/** **6 Monate** beim **zweiten** Kind, monatlich max. **200 Euro**, vom _____ LM bis _____ LM
- 12 Monate/** **7 Monate** ab dem **dritten** Kind, monatlich max. **300 Euro**, vom _____ LM bis _____ LM

14. Kindertageseinrichtung/Kindertagespflege

Für das genannte Kind wurde/wird ab dem vollendeten 14. Lebensmonat **und** in der Bezugszeit des Landeserziehungsgeldes eine Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege

- nicht in Anspruch genommen
- in Anspruch genommen, vom _____ bis _____, vom _____ bis _____

Name und Anschrift der Einrichtung/Tagespflegeperson: _____

Einrichtung/Tagespflege werden staatlich gefördert: ja nein

Grund für die Inanspruchnahme: _____

(siehe Erläuterungen zum Antrag S. 4 Nr. 14)

15. Vergleichbare Leistungen des Antragstellers in Deutschland/im Ausland

Ich beziehe/bezog für das genannte Kind Landeserziehungsgeld oder eine vergleichbare Leistung in einem anderen Bundesland oder beabsichtige, eine Leistung dieser Art zu beanspruchen

nein ja, von _____ bis _____ Bundesland: _____ Leistung: _____ Az: _____

Besteht/Bestände im Ausland ein Anspruch auf eine dem Erziehungsgeld vergleichbare Familienleistung?

nein ja, Land: _____ Leistungsart: _____ Dauer: _____ Höhe: _____

► Entsprechende Leistungsbescheide beifügen ◀

16. Bezug von Entgeltersatzleistungen durch den Antragsteller

Ich beziehe in dem Zeitraum, für den Landeserziehungsgeld beantragt wird, z.B. Arbeitslosengeld I, Arbeitslosenbeihilfe, Unterhaltsgeld, Übergangsgeld, Krankengeld, Verletztengeld, Insolvenzgeld, Winterausfallgeld, Kurzarbeitergeld, Verdienstausschüttung oder vergleichbare ausländische Entgeltersatzleistungen.

nein ja wurde beantragt

Bezeichnung der Leistungsstelle	Art der Leistung	Dauer	Aktenzeichen

► Entsprechende Leistungs-/Bewilligungsbescheide beifügen bzw. nachreichen ◀

19.1. Erklärung Ich erkläre die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben

Ich werde bei **Änderung der Verhältnisse** die **Eltern- und Erziehungsgeldstelle unverzüglich** unterrichten, insbesondere wenn

- ich eine Erwerbstätigkeit aufnehme (auch eine geringfügige), aufgabe oder im zeitlichen Umfang ändere,
- Entgeltersatzleistungen (z.B. Arbeitslosengeld I, Krankengeld, Übergangsgeld) bezogen werden,
- sich mein Hauptwohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt ändert (Wegzug aus Sachsen),
- ich für mein Kind eine staatlich geförderte Kindertageseinrichtung oder eine staatlich geförderte Tagespflege beanspruche
- das Kind nicht mehr in meinem Haushalt lebt und von mir nicht mehr betreut und erzogen wird,
- eine Änderung der familiären Verhältnisse (z.B. Geburt eines weiteren Kindes, Tod des anspruchsbegründenden Kindes) eintritt,
- die Zustimmung des sorgeberechtigten Elternteils entzogen wird,
- die Aufenthaltsgenehmigung geändert oder entzogen wurde oder der Aufenthaltstitel erloschen ist,
- sich meine Anschrift oder Bankverbindung ändert,
- ausländische oder dem Landeserziehungsgeld vergleichbare Leistungen in einem anderen Bundesland bezogen werden
- in Adoptionspflegefällen die Annahme als Kind abgelehnt wird.

Ich bin mir im Klaren, dass wahrheitswidrige Angaben bzw. das Verschweigen von rechtserheblichen Tatsachen strafrechtlich verfolgt oder mit einem **Bußgeld geahndet** werden können und zu Unrecht empfangenes Landeserziehungsgeld **zurück erstattet** werden muss.

Hinweis: Dem Antrag ist ergänzend das Informationsblatt zum Datenschutz nach der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) beigefügt. Mit meiner Unterschrift bestätige ich auch die Kenntnisnahme der Informationen.

Dem Antrag liegen folgende Unterlagen bei:

Erklärung zum Einkommen

Verdienstbescheinigung

Einkommensteuerbescheid des Jahres _____

Nachweis Entgeltersatzleistungen

sonstige Unterlagen: _____

Ort, Datum

Unterschrift des Bevollmächtigten
(schriftliche Vollmacht beifügen)

Unterschrift Antragsteller

Unterschrift (Ehe/Lebens)Partner

Unterschrift des gesetzlichen Vertreters oder
Pflegers des Antragstellers

**Anlage zum Antrag auf
Landeserziehungsgeld für das Kind**

Name, Vorname des Antragstellers _____

Familienname: _____

Aktenzeichen (soweit bekannt) _____

Vorname(n): _____

geb. am: _____

Bescheinigungen

(wenn Sie keine entsprechenden Nachweise vorlegen können)
- kostenfrei nach § 64 SGB X –

20. Bescheinigung der Ausländerbehörde ► siehe Nr. 2 im Antrag – nur für Nicht EU/EWR-Staatsangehörige ◀

Es wird folgendes bescheinigt: Frau/Herr	_____	_____	_____	besitzt
	Name	Vorname	geb. am	
<input type="checkbox"/> eine Niederlassungserlaubnis (§ 9 AufenthG),	seit	_____		
<input type="checkbox"/> eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG (§ 9a AufenthG) seit	_____			
<input type="checkbox"/> eine Aufenthaltserlaubnis nach § _____ AufenthG seit	_____	_____	gültig bis _____	
Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt oder hat zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> mit Zustimmung der Ausländerbehörde	<input type="checkbox"/> nein		
Die Zustimmung der Ausländerbehörde lag/liegt vor				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein			
Die Aufenthaltserlaubnis wurde nach § 18 Abs. 2 AufenthG nur für einen bestimmten Höchstzeitraum erteilt				
<input type="checkbox"/> ja, für	<input type="checkbox"/> entsandte(n) Arbeitnehmer(in)	<input type="checkbox"/> nein		
<input type="checkbox"/> innerbetrieblich versetzte(n) Arbeitnehmer(in)				
<input type="checkbox"/> Au Pair				
<input type="checkbox"/> Saisonbeschäftigte(n)				
Die Aufenthaltserlaubnis wurde nach § 23 Abs. 1 AufenthG wegen eines Krieges im Heimatland nach den §§ 23a, 24, 25 Abs. 3 – 5 AufenthG erteilt:				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	und		
Der Berechtigte hält sich seit mindestens drei Jahren rechtmäßig, gestattet oder geduldet im Bundesgebiet auf				
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein			
<input type="checkbox"/> _____ § _____ AufenthG	seit	_____	gültig bis _____	
(sonstiger Aufenthaltstitel)				
<input type="checkbox"/> eine Fiktionsbescheinigung nach § 81 Abs. _____ AufenthG, vorangehender Titel _____	gültig bis _____			
<input type="checkbox"/> einen vor dem 01.01.2005 erteilten Aufenthaltstitel nach § _____ AuslG, der nach § 101 AufenthG weiter gilt als _____	gültig bis _____			
Datum _____	Stempel der Behörde und Unterschrift _____			

21. Haushalt-/Meldebescheinigung ► siehe Nr. 7 im Antrag ◀

Meldebehörde:	
in Gemeinde / Stadt _____	
Es wird bescheinigt, dass Frau / Herr _____	
mit dem Kind _____ geb. am _____	
seit: _____ entsprechend des Melderegisters einen gemeinsamen Haushalt hat, in	
PLZ, Wohnort _____ Straße, Hausnummer _____	
Datum _____	Dienstsiegel und Unterschrift _____

22. Bestimmung bei nichtsorgeberechtigtem Elternteil eines leiblichen Kindes

► siehe Nr. 7 im Antrag ◀

Hiermit erkläre ich, dass ich als personensorgeberechtigter Elternteil des Kindes _____ damit einverstanden bin,

dass dem nichtsorgeberechtigten Elternteil, Herrn/Frau _____ Landeserziehungsgeld gewährt werden kann.

Datum _____ Unterschrift personensorgeberechtigter Elternteil _____

23. Arbeitszeitbestätigung ► siehe Nr. 17 im Antrag – nur ausfüllen, wenn der Antragsteller im Bezugszeitraum des Landeserziehungsgeldes einer nichtselbstständigen Erwerbstätigkeit nachgeht ◀

Frau/Herr _____ ist bei uns vom _____ bis (voraussichtlich) _____

mit einer Wochenarbeitszeit von _____ Stunden (bei Lehrern Angabe der Pflichtstundenzahl) beschäftigt.

Bei unterschiedlichen Wochenarbeitsstunden wird um detaillierte Angaben gebeten:

Das Beschäftigungsverhältnis besteht seit _____.

Name des Arbeitgebers	Telefonnummer, Fax
Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort

Datum _____ Stempel des Arbeitgebers und Unterschrift _____

24. Erklärung zur Erwerbstätigkeit ► siehe Nr. 17 im Antrag – nur ausfüllen, wenn der Antragsteller im Bezugszeitraum des Landeserziehungsgeldes einer selbstständigen oder freiberuflichen Erwerbstätigkeit nachgeht ◀

Ich versichere, dass ich meine Tätigkeit/Mithilfe auf höchstens 30 Wochenstunden im Monatsdurchschnitt beschränke.

Zu diesem Zweck habe ich folgende Vorkehrungen getroffen:

Datum _____ Unterschrift Antragsteller _____

ERKLÄRUNG ZUM EINKOMMEN

Hinweis: Die Erklärung zum Einkommen ist Bestandteil des Antrages auf Landeserziehungsgeld und für eine Entscheidung, für Geburten ab 01.01.2015 nur noch für erste und zweite Kinder, unbedingt erforderlich. Beiliegende Erläuterungen helfen Ihnen beim Ausfüllen des Vordrucks.

Familienname des Kindes	Vorname(n) des Kindes	Geburtsdatum des Kindes
Familienname des Antragstellers	Vorname des Antragstellers	Geburtsdatum des Antragstellers

- Bitte beachten Sie, dass alle Fragen mit „ja“ oder „nein“ zu beantworten sind. Bei fehlenden Angaben kann über Ihren Antrag nicht entschieden werden !
- Landeserziehungsgeld wird für ab dem 01.01.2015 geborene Kinder ab dem 3. Kind einkommensunabhängig gewährt. Sonst ist es vom Einkommen abhängig. Bei Inanspruchnahme im 2. Lebensjahr des Kinds ist das Einkommen aus dem Kalenderjahr der Geburt maßgebend, bei Inanspruchnahme im 3. Lebensjahr das Einkommen aus dem Kalenderjahr nach der Geburt !
- Grundsätzlich ist der Steuerbescheid aus dem maßgebenden Kalenderjahr bzw. dem Jahr davor beizufügen !
 Steuerbescheid aus dem Jahr _____ liegt vor Ich/Wir erklären, keinen Steuerbescheid zu haben

25. Nichtselbstständige Erwerbstätigkeit

Mein (Ehe/Lebens)Partner erzielte im maßgebenden Kalenderjahr folgende Einkünfte aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit

nein ja ►Wenn ja, bitte Tabelle ausfüllen ◀

Einkünfte aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit	(Ehe/Lebens)Partner
Steuerpflichtiger Jahresbruttoarbeitslohn ►Steuerbescheid, Jahresverdienstbescheinigung oder beiliegende Verdienstbescheinigung vom Arbeitgeber ausgefüllt beifügen ◀	jährlich _____ €
Abzugsfähige Werbungskosten, soweit sie den Arbeitnehmerpauschbetrag in Höhe von 1.000,- Euro übersteigen ►Steuerbescheid oder Glaubhaftmachung durch Aufstellung sind beizufügen ◀	jährlich _____ €
Versorgungsbezüge, Übergangsgebühren, etc... ►Glaubhafte Nachweise sind beizufügen ◀	jährlich _____ €

26. Selbstständige Arbeit / Gewerbebetrieb / Land- und Forstwirtschaft

Mein (Ehe/Lebens)Partner erzielte im maßgebenden Kalenderjahr folgende Gewinneinkünfte (Einnahmen abzüglich Ausgaben)

nein ja ►Wenn ja, bitte Tabelle ausfüllen ◀

Einkünfte (Einnahmen abzüglich Ausgaben) einschließlich Veräußerungsgewinn, ohne Verlustausgleich	(Ehe/Lebens)Partner
Einkünfte aus selbstständiger Erwerbstätigkeit, einschließlich Veräußerungsgewinn, ohne Verlustausgleich	jährlich _____ €
Einkünfte aus Gewerbebetrieb, einschließlich Veräußerungsgewinn, ohne Verlustausgleich	jährlich _____ €
Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, einschließlich Veräußerungsgewinn, ohne Verlustausgleich	jährlich _____ €

►Die Einkünfte sind durch den Steuerbescheid aus dem maßgebenden Kalenderjahr nachzuweisen. Liegen diese Nachweise nicht vor, letzten Steuerbescheid, Gewinn- und Verlustrechnung, Aufstellung durch Steuerberater o.ä. beifügen ◀

27. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

Ich oder mein (Ehe/Lebens)Partner erzielte im maßgebenden Kalenderjahr Einkünfte (Einnahmen abzüglich Werbungskosten) aus Vermietung und Verpachtung nein ja ►Wenn ja, bitte Tabelle ausfüllen ◀

Einkünfte (Einnahmen abzüglich Werbungskosten) aus Vermietung und Verpachtung, ohne Verlustausgleich	Antragsteller	(Ehe/Lebens)Partner
Einnahmen	jährlich _____ €	jährlich _____ €
Werbungskosten	jährlich _____ €	jährlich _____ €

►Die Einkünfte sind durch den Steuerbescheid aus dem maßgebenden Kalenderjahr nachzuweisen. Liegen diese Nachweise nicht vor, letzten Steuerbescheid, Anlage V+V der letzten Steuererklärung o.ä. beifügen ◀

Erklärung zum Einkommen Seite 2

28. Einkünfte aus Kapitalvermögen (z.B. Zinsen, Dividenden, GmbH-Gewinnanteile)

Ich oder mein (Ehe/Lebens)Partner erzielte im maßgebenden Kalenderjahr Einkünfte aus Kapitalvermögen über dem Sparer-Pauschbetrag (801 € bei Einzelveranlagung, sonst 1.602 €) nein ja ►Wenn ja, bitte Tabelle ausfüllen ◀

Einkünfte aus Kapitalvermögen	Antragsteller	(Ehe/Lebens)Partner
Kapitalerträge (vor Abzug Sparer-Pauschbetrag)	jährlich _____ €	jährlich _____ €

►Die Einkünfte sind durch den Steuerbescheid aus dem maßgebenden Kalenderjahr nachzuweisen. Liegt dieser nicht vor, sind andere Nachweise, z.B. Jahresabschluss pro Kapitalanlage, Bescheinigung der Bank, beizufügen ◀

29. Sonstige Einkünfte im Sinne von § 22 EStG (z.B. Renten, Unterhaltsleistungen)

Ich oder mein (Ehe/Lebens)Partner erzielte im maßgebenden Kalenderjahr sonstige Einkünfte i.S.v. § 22 Einkommensteuergesetz

nein ja ►Wenn ja, bitte Tabelle ausfüllen ◀

sonstige Einkünfte	Antragsteller	(Ehe/Lebens)Partner
Art: _____	jährlich _____ €	jährlich _____ €
Art: _____	jährlich _____ €	jährlich _____ €

►Die Einkünfte sind durch den Steuerbescheid aus dem maßgebenden Kalenderjahr oder andere geeignete Nachweise, z.B. Urteil oder Vereinbarung über den Unterhalt, Zahlungsbelege oder Rentenbescheid, zu belegen ◀

30. Ausländische Einkünfte/Einkünfte die keiner staatlichen Besteuerung unterliegen

Ich oder mein (Ehe/Lebens)Partner erzielte im maßgebenden Kalenderjahr ausländische Einkünfte bzw. Einkünfte, die keiner staatlichen Besteuerung unterliegen nein ja ►Wenn ja, bitte Tabelle ausfüllen ◀

ausländische Einkünfte bzw. Einkünfte, die keiner staatlichen Besteuerung unterliegen	Antragsteller	(Ehe/Lebens)Partner
Art: _____	jährlich _____	jährlich _____
Art: _____	jährlich _____	jährlich _____

►Die Bescheinigungen dazu sind in beglaubigter Übersetzung beizufügen ◀

31. Entgeltersatzleistungen des (Ehe/Lebens)Partners

Mein (Ehe/Lebens)Partner bezog im maßgebenden Kalenderjahr Entgeltersatzleistungen, z.B. Arbeitslosengeld I, -beihilfe, Unterhaltsgeld, Übergangsgeld, Krankengeld, Verletztengeld, Insolvenzgeld, Winterausfallgeld oder vergleichbare ausländische Leistungen?

nein ja ►Wenn ja, bitte Tabelle ausfüllen ◀

Bezeichnung der Leistungsstelle	Art der Leistung	Dauer	Aktenzeichen

►Entsprechende Leistungs-/Bewilligungsbescheide beifügen ◀

32. Pauschalabzug

Ich oder mein (Ehe/Lebens)Partner gehöre zu dem am 31.12.2006 in § 10c Abs. 3 EStG beschriebenen Personenkreis, der im maßgebenden Kalenderjahr Einkünfte, z.B. als Beamter, Richter, Soldat, Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH, Bezieher von Versorgungsbezügen, Altersrente, bezieht:

Antragsteller nein ja (Ehe/Lebens)Partner nein ja

33. Unterhaltsleistungen (zu zahlende)

Ich oder mein (Ehe/Lebens)Partner zahle Unterhaltsleistungen

aufgrund eines Unterhaltstitels oder durch Vereinbarung an das Kind/die Kinder _____ geb. am _____ Jahresbetrag: _____ €

an sonstige Personen (ehemalige Ehepartner, Verwandte in gerader Linie, andere Verwandte)

Name und Geburtsdatum: _____ Verwandtschaftsverhältnis: _____ Jahresbetrag: _____ €

Name und Geburtsdatum: _____ Verwandtschaftsverhältnis: _____ Jahresbetrag: _____ €

►Unterhaltsurteil, -vergleich, privatrechtliche Vereinbarung oder Zahlungsnachweise aus dem maßgebenden Kalenderjahr sind beizufügen ◀

34. Behindertenpauschbetrag (für ein Kind, den Antragsteller und dessen (Ehe/Lebens)Partner)

Ein Behindertenpauschbetrag gemäß § 33b Abs. 1 bis 3 EStG liegt für folgende Person(en) vor:

Name: _____ Verwandtschaftsverhältnis: _____ Grad der Behinderung: _____ Aktenzeichen: _____

Name: _____ Verwandtschaftsverhältnis: _____ Grad der Behinderung: _____ Aktenzeichen: _____

►Kopie des Bescheides bzw. des Schwerbehindertenausweises beifügen ◀

Hinweis

Ohne die Erklärung zum Einkommen kann über Ihren Anspruch auf Landeserziehungsgeld nicht entschieden werden. Beachten Sie die Erklärungen (Nr. 19 und 19.1.) im Antrag und die entsprechenden Hinweise im Merkblatt.

Bitte überprüfen Sie nochmals Ihre Angaben, ob die erforderlichen Nachweise und Erklärungen beigelegt sind und die erforderlichen Unterschriften auf dem Antragsformular geleistet wurden. Mit Ihrer und der Unterschrift Ihres (Ehe/Lebens)Partners auf dem Antrag bestätigen Sie auch die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben in dieser Erklärung zum Einkommen.

Erklärung zum Einkommen Seite 3

Name, Vorname des anspruchsbegründenden Kindes	geb. am	Aktenzeichen (soweit bekannt)
--	---------	-------------------------------

►Ist nur vom Arbeitgeber auszufüllen, wenn kein anderer Nachweis (z.B. Steuerbescheid, Jahresgehaltsabrechnung) zum maßgebenden Kalenderjahr vorgelegt werden kann◄

**Verdienstbescheinigung zur Erklärung zum Einkommen
Nr. 25 über die Bezüge des (Ehe/Lebens)Partners**
(Erläuterungen siehe Rückseite)

Bitte vom Arbeitgeber ausfüllen und bestätigen lassen !

(Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 12 Abs. 2 Bundeserziehungsgeldgesetz (BErzGG) i.V. m. § 8 Sächsisches Landeserziehungsgeldgesetz (SächsLErzGG))

Maßgebend ist das Kalenderjahr _____

(Bei Inanspruchnahme im 2. Lebensjahr des Kindes ist das Kalenderjahr der Geburt maßgebend; bei Inanspruchnahme im 3. Lebensjahr des Kindes ist das Kalenderjahr nach der Geburt maßgebend!)

**Für Frau/Herrn _____ wohnhaft in _____
wird bescheinigt**

I. Steuerpflichtiger Bruttoarbeitslohn (einschließlich Überstunden und sonstiger steuerpflichtiger Lohnzuschläge) ohne steuerpflichtige Sonderzuwendungen (Freibeträge sind nicht zu berücksichtigen).

für das gesamte Kalenderjahr _____ €

für die Zeit vom : _____ bis _____ €

Grund für die Begrenzung: _____

In jedem Fall sind auch die nachstehenden Angaben erforderlich.

II. Steuerpflichtige Sonderzuwendungen, die für das maßgebende Kalenderjahr gezahlt wurden.

		Bruttobetrag		Zahlungsmonat(e)
a) Urlaubsgeld	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	_____ €		_____
b) Weihnachtsgeld	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	_____ €		_____
c) sonstige steuerpflichtige Sonderzuwendungen	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja			
	Art: _____	_____ €		_____
	Art: _____	_____ €		_____
	Art: _____	_____ €		_____

III. Werbungskosten (vom Arbeitgeber gewährte pauschal versteuerte bzw. steuerfreie Leistungen, z.B. Fahrtkosten)

Jahresbruttobetrag

nein ja, Art: _____ _____ €

Art: _____ _____ €

IV. Die bestätigten Einkünfte unterliegen dem normalen Steuerabzug
 der pauschalierten Besteuerung nach §§ 40-40b EStG

V. Das Beschäftigungsverhältnis besteht/bestand seit/von: _____ bis: _____

Ort, Datum

Unterschrift Arbeitgeber

Stempel des Arbeitgebers

Erläuterungen zur Verdienstbescheinigung

Gemäß § 12 Abs. 2 BErzGG, welches nach § 8 SächsLErzGG für die Bewilligung von Landeserziehungsgeld weiter Anwendung findet, hat der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer dessen Bruttoarbeitsentgelt und Sonderzuwendungen sowie die Arbeitszeit zu bescheinigen.

Zu bescheinigen ist der steuerpflichtige Jahresbruttoarbeitslohn für das maßgebende Kalenderjahr. Wird das Landeserziehungsgeld beginnend im 2. Lebensjahr des Kindes beansprucht, ist das Kalenderjahr der Geburt maßgebend. Wird Landeserziehungsgeld beginnend erst im 3. Lebensjahr des Kindes beansprucht, ist das Kalenderjahr nach der Geburt maßgebend.

Falls das steuerpflichtige Einkommen für das gesamte Kalenderjahr nicht bescheinigt werden kann (z.B. wegen Neuaufnahme oder Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses), sind zumindest die Einkünfte für den entsprechenden Zeitraum der Zugehörigkeit zum Arbeitgeber zu bescheinigen.

Eingetragene Freibeträge dürfen nicht berücksichtigt werden.

Lohnzuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit sind nur insoweit dem Bruttoarbeitslohn zuzuschlagen, als sie vom Arbeitgeber zu versteuern sind.

Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und sonstige steuerpflichtige Sonderzuwendungen, die im maßgebenden Jahr gewährt wurden, sind zu bescheinigen und in der Verdienstbescheinigung gesondert unter II. auszuweisen.

Zu den sonstigen steuerpflichtigen Zuwendungen zählen auch die geldwerten Vorteile aus einem Arbeitsverhältnis (z.B. Belegschaftsrabatt, Jahreswagen, Sachbezüge). Anzugeben ist hierbei der Betrag, der vom Arbeitnehmer zu versteuern ist.

Erklärung zum Einkommen Seite 5

Name, Vorname des anspruchsbegründenden Kindes	geb. am	Aktenzeichen (soweit bekannt)
--	---------	-------------------------------

►Ist nur auszufüllen, wenn ein Anspruch für erste und zweite Kinder besteht und der Antragsteller im Bezugszeitraum des Landeserziehungsgeldes einer zulässigen Teilzeiterwerbstätigkeit / Berufsausbildung nachgeht◄

Verdienstbescheinigung zum Antrag auf Landeserziehungsgeld Nr. 17 und 25 über die Bezüge des Antragstellers

(Erläuterungen siehe Rückseite)

Bitte vom Arbeitgeber ausfüllen und bestätigen lassen !

(Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 12 Abs. 2 Bundeserziehungsgeldgesetz (BErzGG) i.V.m. § 8 Sächsisches Landeserziehungsgeldgesetz (SächsLErzGG))

Maßgebend ist die Bezugszeit des Landeserziehungsgeldes

vom: _____ bis: _____

Für Frau/Herrn _____ wohnhaft in _____ wird bescheinigt

I. Steuerpflichtiger Bruttoarbeitslohn (einschließlich Überstunden und sonstiger steuerpflichtiger Lohnzuschläge) ohne steuerpflichtige Sonderzuwendungen (Freibeträge sind nicht zu berücksichtigen).

Monat	Jahr	steuerpflichtiger Bruttoarbeitslohn in Euro	Monat	Jahr	steuerpflichtiger Bruttoarbeitslohn in Euro
Januar			Juli		
Februar			August		
März			September		
April			Oktober		
Mai			November		
Juni			Dezember		

II. Werbungskosten (vom Arbeitgeber gewährte pauschal versteuerte bzw. steuerfreie Leistungen, z.B. Fahrtkosten)

Jahresbruttobetrag

nein ja, Art: _____ €

Art: _____ €

III. Die bestätigten Einkünfte unterliegen dem normalen Steuerabzug
 der pauschalierten Besteuerung nach §§ 40-40b EStG

IV. Bei den bescheinigten Monatsbeträgen handelt es sich um

feststehende Einkünfte

schwankende Einkünfte

Das Beschäftigungsverhältnis besteht seit/von: _____ bis: _____

Ort, Datum

Unterschrift Arbeitgeber

Stempel des Arbeitgebers

Erläuterungen zur Verdienstbescheinigung

Gemäß § 12 Abs. 2 BErzGG, welches nach § 8 SächsLErzGG für die Bewilligung von Landeserziehungsgeld weiter Anwendung findet, hat der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer dessen Bruttoarbeitsentgelt sowie die Arbeitszeit zu bescheinigen.

Übt der Antragsteller im Bezugszeitraum des Landeserziehungsgeldes eine zulässige Teilzeittätigkeit bis zu 30 Wochenstunden aus, hat er den voraussichtlichen steuerpflichtigen Bruttoarbeitslohn aus dieser Teilzeittätigkeit nachzuweisen.

Für die Berechnung werden die **voraussichtlichen Einkünfte aus der Teilzeittätigkeit in dem entsprechenden Bezugszeitraum** nur solange berücksichtigt, wie die Teilzeittätigkeit ausgeübt wird.

Für in der Zukunft liegende Zeiträume sind die voraussichtlichen Einkünfte, z.B. aus Teilzeittätigkeit, anzugeben. Es ist zu vermerken, ab wann es sich um voraussichtliche Angaben handelt. Bereits **feststehende Veränderungen** für in Zukunft liegende Zeiträume im maßgebenden Bezugszeitraum (z.B. Tarif- und Lohnerhöhungen, Orts- und Familienzuschlag), auf die ein **Rechtsanspruch** besteht, müssen vom Arbeitgeber erfasst werden.

Falls das voraussichtliche steuerpflichtige Einkommen für den gesamten Bezugszeitraum nicht bescheinigt werden kann, sind zumindest die Einkünfte bis zum aktuellen Monat zu bescheinigen.

Eingetragene Freibeträge dürfen nicht berücksichtigt werden.

Lohnzuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit sind nur insoweit dem monatlichen Bruttoarbeitslohn zuzuschlagen, als sie vom Arbeitgeber zu versteuern sind.

Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und sonstige steuerpflichtige Sonderzuwendungen sind, soweit sie nicht Bestandteil des regelmäßig monatlich ausgezahlten Lohn oder Gehalts sind, **nicht** zu berücksichtigen.

Informationsblatt zum Datenschutz (zu Ihrem Verbleib)

Folgende Informationen sind Ihnen gemäß Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO- Verordnung (EU) 2016/679) bei Erhebung der personenbezogenen Daten mitzuteilen:

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Die zuständige Stelle für die Erhebung der Daten im Rahmen der Beantragung von Landeserziehungsgeld nach dem Sächsischen Landeserziehungsgeldgesetz (SächsLerzGG) ist die für den Wohnort zuständige Eltern-/Erziehungsgeldstelle der kreisfreien Städte oder Landkreise. Verantwortlicher im Sinne der Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung sind die nachfolgend genannten Stellen:

Landkreis Zwickau
Landratsamt

Sachbereich Wirtschaftliche Leistungen
Königswalder Straße 18
08412 Werdau

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landkreis Zwickau

Datenschutzbeauftragte(r) datenschutz@landkreis-zwickau.de

3. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Erhebung der personenbezogenen Daten ist notwendig, um über Ihren Antrag auf Landeserziehungsgeld nach dem SächsLerzGG entscheiden zu können (§§ 4, 9 SächsLerzGG i.V.m. § 67a Zehntes Buch Sozialgesetzbuch – SGB X). Die zuständige Eltern-/Erziehungsgeldstelle verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten und die Ihres/r minderjährigen Kindes/r auf der Grundlage der Artikel 6 ff. DSGVO i.V.m. §§ 35 SGB I, 67 ff SGB X sowie des Sächsischen Datenschutzgesetzes.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden folgendermaßen weiterverarbeitet und an weitere zuständige Stellen übermittelt:

- Die von der Eltern- und Erziehungsgeldstelle erhobenen personenbezogenen Daten werden zur Feststellung Ihres Anspruchs auf Landeserziehungsgeld im Rahmen des Verfahrens gespeichert und verarbeitet.
- Die im Verfahren erstellten Auszahlungsdateien mit Ihren Bankverbindungsdaten werden in gesicherter elektronischer Form an die Hauptkasse Sachsen übermittelt, um von dort aus die Zahlung auf das angegebene Empfängerkonto vorzunehmen.
- Auskünfte und Unterlagen, die die Verwaltung im Zusammenhang mit dem Verfahren nach dem SächsLerzGG über Sie erhalten hat, dürfen an andere Sozialleistungsträger übermittelt werden, soweit dies für die gesetzliche Aufgabenerfüllung der betroffenen Leistungsträger erforderlich ist (§ 69 Abs.1 SGB X).
- Nur im Einzelfall werden besonders schutzwürdige Daten (z. B. medizinische Daten) erhoben/übermittelt (§ 76 Abs. 2 Nr. 1 SGB X). Dieser Datenübermittlung kann von Ihnen jederzeit widersprochen werden.

5. Quelle der personenbezogenen Daten

Grundsätzlich erfolgt eine Datenerhebung beim Betroffenen. Im Ausnahmefall können, Ihre Einwilligung voraussetzend, und soweit dies für die Durchführung des Verfahrens erforderlich ist, ergänzend von anderen Stellen (z.B. Finanzamt, Meldebehörde) oder auf gesetzlicher Grundlage (z.B. Krankenkasse, Ausländerbehörde) Auskünfte und Unterlagen überprüft oder erbeten werden.

6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Es ist in der Regel nicht vorgesehen, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln. Soweit ein grenzüberschreitendes Sozialleistungsverhältnis innerhalb der Europäischen Union/Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft/Schweiz vorliegt, ist jedoch eine Übermittlung an die jeweiligen Kontaktstellen des Landes zur Abstimmung vorgeschrieben.

7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der Aufbewahrungsfristen für die Aufgabenerfüllung nach dem SächsLERzGG erforderlich ist. Nach diesem Zeitpunkt erfolgt die automatische Löschung der Daten, ohne dass es einer ausdrücklichen Veranlassung durch Sie bedarf.

8. Betroffenenrechte

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft der Verantwortliche, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Zur Ausübung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an den behördlichen Datenschutzbeauftragten.

9. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Wenn Sie in die Verarbeitung durch den Verantwortlichen durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft beim Verantwortlichen widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

10. Beschwerderecht

Ihnen steht ein Beschwerderecht bei der zuständigen datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörde nach Art. 51 DSGVO zu. Ihre Beschwerde richten Sie bitte an:

Sächsischer Datenschutzbeauftragter
Postfach 12 00 16
01001 Dresden
Tel.: 0351/493 5401
Fax: 0351/493 5490
E-Mail: saechsdsb@slt.sachsen.de

11. Bereitstellung der personenbezogenen Daten

Wer Sozialleistungen beantragt, muss nach § 60 SGB I alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen angeben und die verlangten Nachweise vorlegen. Können die notwendigen Informationen durch Sie nicht bereitgestellt und auch nicht anderweitig erlangt werden, kann über Ihren Antrag nicht oder nur eingeschränkt entschieden werden.

12. Weiterverarbeitung zu anderen Zwecken

Ist beabsichtigt, Ihre personenbezogenen Daten für einen anderen Zweck weiterzuverarbeiten als den, für den sie im Antragsverfahren erhoben wurden, so stellt der Verantwortliche Ihnen vor dieser Weiterverarbeitung Informationen über diesen anderen Zweck und alle anderen maßgeblichen Informationen zur Verfügung.